

FREIBERUFLER-TICKER vom 11. November 2022

1. Gutachten des Sachverständigenrates 2022/2023 vorgestellt

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) stellte am 9. November 2022 sein Jahresgutachten „[Energiekrise solidarisch bewältigen, neue Realität gestalten](#)“ vor. Der SVR rechnet für 2022 mit einem Wachstum des Bruttoinlandprodukts von 1,7 Prozent und für 2023 mit einem leichten Rückgang um 0,2 Prozent. Bei der Verbraucherpreisinflation werden Raten von acht Prozent für 2022 und 7,4 für 2023 prognostiziert. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation bleibt der Arbeitsmarkt robust, so lag die Arbeitslosenquote bei 5,4 Prozent im September 2022. Auch wird das Thema Fachkräftemangel adressiert, denn die fehlenden Fachkräfte werden neben steigenden Energiepreisen und Lieferkettenproblemen in einigen Branchen als größte Herausforderung für die Geschäftsentwicklung wahrgenommen. Das Gutachten adressiert die Freien Berufe in seiner diesjährigen Ausgabe beim Thema Fachkräftemangel in Engpassberufen sowie beim Thema Zuwanderung. So führt das SVR-Gutachten aus, dass Schwierigkeiten der Unternehmen bei der Rekrutierung von Personal darauf hindeuten können, dass die relativen Löhne und Arbeitsbedingungen angepasst werden müssen. Das gelte auch für Berufe, die staatlicher Regulierung unterliegen, oder für die Beschäftigung im öffentlichen Sektor, wie etwa Gesundheits- und Bildungsberufe. Des Weiteren schreiben die SVR-Mitglieder, dass die Transformation zu einer klimaneutralen und digitalen Wirtschaft die Nachfrage nach Tätigkeiten und Qualifikationen verändert. So vollzieht sich der Strukturwandel – während in manchen Bereichen Arbeitsplätze entfallen, werden an anderer Stelle neue Arbeitsplätze geschaffen. Gleichzeitig wird das inländische Erwerbspersonenpotenzial aufgrund der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren erheblich sinken. Um die Arbeitsnachfrage bedienen zu können und zu verhindern, dass im Strukturwandel Arbeitslosigkeit entsteht, sieht der SVR eine zielgerichtete berufliche Weiterbildung sowie eine gesteuerte Erwerbsmigration als unverzichtbar. Zudem wären für die erforderliche Erwerbsmigration ein transparenteres Zuwanderungsrecht, eine Lockerung des Gleichwertigkeitsprinzips für die Anerkennung beruflicher Qualifikationen sowie eine Ausweitung der Westbalkanregelung auf ausgewählte Drittstaaten hilfreich.

2. Fachkräftemangel bleibt größte Herausforderung für den Mittelstand

Zum zweiten Mal in Folge bezeichnen Führungskräfte in mittelständischen Unternehmen den zunehmenden Fachkräftemangel als ihre größte Herausforderung. Auf den Plätzen dahinter folgen „Klimawandel und Nachhaltigkeit“, „Energieversorgung und -sicherheit“, „Digitalisierung“ und „Inflation/Krisen“. Die Herausforderung „Innovation und Wachstum“ wird hingegen angesichts der geopolitischen Krisen deutlich weniger als Aufgabe wahrgenommen. Zu diesem Ergebnis kommt die Befragung von mehr als 1.000 Führungskräften für das „Zukunftspanel Mittelstand“, die das Institut für Mittelstandsforschung Bonn durchführte und deren Ergebnisse am 8. November 2022 [veröffentlicht](#) wurden.

3. IAB-Bericht zur Arbeitslosenversicherung für Selbstständige

In seinem Bericht zum Anteil von Gründerinnen und Gründern in der Arbeitslosenversicherung informierte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit Ende vergangener Woche mit Befragungsdaten über mögliche Gründe der geringen Nutzung der Versicherungsmöglichkeit. Laut [Bericht](#) wurden in den vergangenen Jahren weniger als 4.000 Versicherungen pro Jahr abgeschlossen, bei mehr als 200.000 Vollzeit-Gründungen jährlich.

4. KI-Servicezentren

Anfang November 2022 ist laut einer [Mitteilung](#) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom Ende vergangener Woche die Förderung von vier sogenannten KI-Servicezentren gestartet. Zentrale Aufgabe der Zentren für Künstliche Intelligenz (KI): Sie sollen die KI-Forschung in Deutschland weiter vorantreiben und den Transfer in die Praxis fördern. Künftig sollen die Zentren den Zugang zu Recheninfrastruktur und KI-Expertise erleichtern und durch niederschwellige Angebote den Transfer von KI in die Breite befördern. Damit bilden sie eine Brücke von der KI-Forschung in die Anwendung und tragen zur technologischen Souveränität Deutschlands bei. Eines der vier Zentren ist das „KISSKI“ (Hannover/Göttingen/Kassel). Es fokussiert auf KI für sensible und kritische Infrastrukturen, insbesondere in der Medizin und Energiewirtschaft.

5. Vorlesetag

Am 7. November 2022 veröffentlichten DIE ZEIT, die Stiftung Lesen und die Deutsche Bahn Stiftung die [Vorlesestudie](#). Im Rahmen des bundesweiten Vorlesemonitorings wurden 800 Eltern zu ihrem Vorleseverhalten befragt. 39 Prozent der ein- bis achtjährigen Kinder wird selten oder nie vorgelesen. Ein wichtiger Indikator ist die Verfügbarkeit von Lesestoff. Je mehr Kinderbücher im Haushalt vorhanden sind, desto regelmäßiger lesen Eltern ihren Kindern vor. Auch die Bildungsvoraussetzungen der Eltern haben einen großen Einfluss auf die Vorleseaktivitäten in der Familie. Denn mehr als die Hälfte der Eltern mit einem formal geringen Bildungsniveau lesen ihren Kindern selten oder nie vor. So werden viele Kinder schon vor dem Schuleintritt benachteiligt. Laut der Autorinnen und Autoren der Studie bedarf es gezielter Unterstützungen, um eine Trendumkehr zu bewirken, von der die nächste und die übernächste Generation profitieren können.

6. „Frauensache: Unternehmen gründen“ – Anmeldung noch möglich

Unter diesem Motto und passend zum Auftakt der Gründungswoche Deutschland 2022 am 14. November 2022 bieten der BFB, die Zeitschrift EMOTION, die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und der Verband deutscher Unternehmerinnen VdU hochkarätigen Sprecherinnen und Sprechern aus Freien Berufen, Wirtschaft, Medien und Politik eine Präsenzbühne. Gemeinsam adressieren sie mit ihrer Gründerinnenkonferenz die Themen Gründung in Deutschland, politische Rahmenbedingungen, Finanzierung und Female Empowerment. Das kostenfreie Event unter der Schirmherrschaft von Bettina Stark-Watzinger MdB (FDP), Bundesministerin für Bildung und Forschung, findet am 14. November 2022 ab 14:30 Uhr mit anschließendem Female Founders' Festival inklusive Music Act in der Allianz-Repräsentanz in Berlin statt. Anmeldung [hier](#).

7. Staatliche Corona-Hilfsmaßnahmen

Aus einer [Pressemitteilung](#) des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn vom 9. November 2022 geht hervor, dass der Mittelstand stärker von der Coronakrise betroffen war als große und nicht-mittelständische Unternehmen. Kleine, mittlere und Familienunternehmen haben sich im zweiten Pandemiejahr weniger gut von der Krise erholt. Die Wachstumsraten 2021 reichten nicht aus, um die negativen Entwicklungen des Vorjahres auszugleichen. Für Investitionen im Bereich der Digitalisierung oder für Hygienemaßnahmen fehlten oft finanzielle Ressourcen. Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, nutzten mittelständische Unternehmen häufiger staatliche Hilfsmaßnahmen als nicht-mittelständische Unternehmen. Genutzt wurden vor allem die Steuerstundung und die Erstattung der Steuervorauszahlung für 2020 sowie nicht-steuerliche Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der Soforthilfe oder des Kurzarbeitergelds.

Insgesamt deutet die Studie darauf hin, dass die staatlichen Hilfsmaßnahmen bei Unternehmen angekommen sind, die diese auch benötigten.